

Europa anders integrieren!

Von Klaus Busch

Das Votum der Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens für einen Brexit ist sichtbarster Ausdruck der fundamentalen Integrationskrise, in der sich die Europäische Union seit 2005 befindet. Diese Krise ist einerseits Resultat gravierender Fehlentscheidungen, welche die EU mit der Einführung des Euro sowie der verschiedenen Erweiterungen getroffen hat, andererseits Ergebnis falscher ökonomischer Weichenstellungen, welche nach der großen Krise 2008/2009 eingeleitet wurden.

Die halbherzigen Vertiefungsschritte, die überstürzten Erweiterungsschritte und die Unterwerfung Europas unter ein Austeritätsregime sind in den letzten Jahren in eine Akzeptanzkrise der EU gemündet, die sich unter nationalpopulistischem Vorzeichen immer weiter ausbreiten scheint.

Nach der Realisierung des einheitlichen Binnenmarkts im Jahre 1992 setzte in Europa eine Phase der Integrationseuphorie ein, die bis zum Scheitern des Vertrags über eine Verfassung für Europa im Jahre 2005 anhielt. Weil alles zu gelingen schien, wurde in dieser Phase der Integrationsprozess überhastet vertieft und erweitert und dabei mit bis heute nachwirkenden Strukturdefiziten versehen.

Eine gemeinsame Währung einzuführen, ohne gleichzeitig die politische und soziale Union zu vollenden und parallel eine Europäische Wirtschaftsregierung zu installieren, hat sich als Fehlkonstruktion erwiesen. Ohne die Unterstützung und Flankierung durch eine europäische Fiskalregierung ist die EZB bei der Bekämpfung der Folgen der großen Finanzkrise überfordert.

Die in dieser Periode vollzogenen Erweiterungen um 15 Staaten hat die politische und ökonomische Heterogenität der Gemeinschaft gesteigert. Angesichts einer mangelhaften europäischen Identität, gleichzeitig stark divergieren-

den Vorstellungen über das Ziel des Integrationsprozesses und einem großen ökonomischen Entwicklungsgefälle lassen sich Einstimmigkeit erfordernde Reformpläne nicht mehr durchsetzen. Dies wurde erstmals am Scheitern des Verfassungsvertrags im Jahre 2005 deutlich.

Es kam hinzu, dass die europäische Antwort auf die große Krise von 2008/09 in Gestalt einer harten makroökonomischen Sparpolitik ökonomisch nicht sehr erfolgreich und zugleich mit hohen sozialen Kosten verbunden war. Während es den USA mit einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik sehr schnell gelang, die Arbeitslosenrate zu senken, wurde in der Eurozone die Geldpolitik der EZB durch die harte Fiskalpolitik ausgebremst, stieg deshalb hier die Arbeitslosigkeit noch bis zum Jahre 2013 an. Diese ökonomische Entwicklung sowie politische Eingriffe in die Tarifvertragssysteme der südeuropäischen Staaten ließ die Lohnmacht der Gewerkschaften erodieren und erzeugte eine De-Kollektivierung der Arbeitsbeziehungen.

Diese Entwicklungen haben die Akzeptanz der EU in vielen Teilen Europas stark unterhöhlt. In Griechenland, Spanien und Portugal wird die Austeritätspolitik von den linken politischen Kräften kritisiert. Im Löwenanteil der übrigen Mitgliedstaaten gewinnen dagegen die nationalpopulistischen Kräfte an Gewicht. Bei nationalen Wahlen erhalten diese Parteien inzwischen ein Viertel bis ein Drittel der Wählerstimmen. Wenn sich die Kritik an den ökonomischen und sozialen Verhältnissen mit einer starken Anti-Europastimmung verbindet, wie traditionell in Großbritannien, Dänemark und Finnland, aber zunehmend auch in Tschechien, der Slowakei, Österreich und Ungarn, kann dies den Wunsch nach Exit-Referenden befeuern.

Vor dem Hintergrund eines mangelnden europäischen Wir-Gefühls, einer großen

politischen und sozialen Heterogenität in der EU und der Zunahme des Nationalchauvinismus in etlichen Mitgliedstaaten ist es nicht verwunderlich, dass die EU beim Versuch, die Flüchtlingskrise gemeinsam zu bewältigen, komplett gescheitert ist. Ein brüchiger Konsens konnte nur durch die Aufgabe der Willkommenskultur und die Durchsetzung des Modells der "Festung Europa" mit Hilfe des inhumanen und völkerrechtswidrigen Abkommens mit der Türkei erzielt werden. (Zur Kritik dieser Politik vergleiche den Appell der Gruppe "Europa neu begründen" aus dem April 2016).

Das Konzept der Re-Nationalisierung hat in Europa zurzeit Hochkonjunktur. Seine Durchsetzung würde die EU in eine neue Phase größerer ökonomischer und politischer Krisen stürzen. Einen Vorgeschmack liefern uns dazu bereits die Folgen der Entscheidung in Großbritannien. Dennoch bieten solche Krisen auch eine Chance: Sie könnten der Katalysator für einen Sprung nach vorne mit einem neuen Wirtschafts- und Sozialmodell in Europa werden. In einem "Kern-europa" lassen sich die Strukturdefizite des Euro durch eine Europäische Wirtschaftsregierung, ein volles Mitentscheidungsrecht des Europäischen Parlaments und eine europäische Regulierung der Sozial-, Lohn- und Steuerpolitiken leichter überwinden als in einer EU-28.

Es ist auch denkbar, dass in einem solchen Nucleus eines demokratischen und sozialen Bundesstaates der Neoliberalismus abgeschüttelt werden kann und der Fiskalpakt nebst Schuldenbremsen durch eine europäische Wachstums- und Beschäftigungspolitik abgelöst wird. In einer solchen Perspektive verlieren der "Brexit" und weitere Exits ihre Schrecken.

Klaus Busch ist Professor (i.R.) für Europäische Studien und Autor von "Das Versagen Europas. Die Euro- und die Flüchtlingskrise sowie die 'Brexit'-Diskussion", VSA 2016.